

Liberal, sozial – noch christlich?

Eine Annäherung an das neue programmatische Leitbild der CVP

Von Markus Arnold*

Das CVP-Etikett «liberal-sozial» lässt Fragen offen: «Liberal» passt kaum ins katholische Weltbild, und «sozial» tönt wenig bürgerlich (vgl. NZZ 14. 1. 06). Der Autor dieses Artikels deutet das Leitbild als christlich motivierte Alternative zum gängigen Links-Rechts-Schema.

Im Parteiprogramm vom September 2004 positionierte sich die CVP als liberal-soziale überkonfessionelle christliche Wertepartei. Sie hat damit einen pragmatischen Ansatz gefunden, ihr Verständnis des C ins Parteienspektrum einzubringen, ohne weiterhin die inzwischen nichtssagenden Begriffe wie «bürgerlich» oder «Mitte» zu verwenden. Viele, welche diese bewährte Rhetorik nur ungerne aufgeben, mag dies schmerzen. Der Verzicht auf abgedroschene Begriffe kann indes befreien, die eigene Position grundsätzlich neu zu überdenken. Allerdings sind die Begriffe liberal und sozial auch nicht neu. Die Versuchung besteht, sie als ideologischen Selbstbedienungsladen je nach Interessenlage zu verwenden.

Galater- und Römerbrief

Beim Partnerschaftsgesetz war man liberal und sozial zugleich, beim Arbeitsgesetz wurde der liberale Akzent gesetzt. Doch wie bewältigt man zum Beispiel die Forderung nach der Liberalisierung des Haschischkonsums? Damit tun sich auch andere liberale Parteien schwer. Dazu kommt, dass inzwischen von Kirchen und kirchlichen Gruppierungen das C vermehrt in Frage gestellt wird. Die CVP steht zunehmend unter Druck, sich als glaubwürdige christliche Partei zu legitimieren. Eine Begriffsklärung tut not.

Dies ist meines Erachtens keine lästige Pflicht, sondern eine faszinierende Aufgabe. Entscheidend ist dabei, dass der Bindestrich zwischen liberal und sozial nicht unterschlagen wird. Liberal-soziale Werthaltungen entsprechen christlicher Tradition. Sie haben nichts zu tun mit dem Versuch, Liberalismus und Sozialismus miteinander zu versöhnen. Ausgangspunkt der Begriffsklärung muss die biblische Grundeinsicht sein, dass Liebe und Freiheit zusammen zu denken sind und nie die eine ohne die andere zum Gestaltungsprinzip gemeinschaftlichen Lebens werden darf.

Subsidiarität als katholisches Prinzip

Von der katholischen Tradition geprägte CVP-Politiker tun sich allerdings mit «liberal» eher schwer. Das hat sich bei der Luzerner CVP gezeigt, welche mit diesem Begriff immer noch ungute Erinnerungen an den Kulturkampf verbindet. Gerade die ökumenische Öffnung der Partei bietet aber die Chance, die andere grosse christliche Traditionslinie zu reflektieren, welche die Bibel aus der Perspektive der Schriften des Apostels Paulus deutet. Als Pflichtlektüre für christlich Politisierende empfehlen sich vor allem der Galater- und der Römerbrief. Einen Höhepunkt fand diese Tradition in der Theologie Martin Luthers: Hier findet sich das markante Plädoyer für die Freiheit jedes Christenmenschen, das aber immer eine Freiheit zur Ermöglichung eines noch grösseren sozialen Mehrwerts ist.

Das ist auch der katholischen Tradition an und für sich gar nicht so fremd. Allerdings tat sie sich in der jüngeren Tradition doch eher schwer damit, vor allem im innerkirchlichen Bereich. In der Tradition ihrer Soziallehre hat sie sich mit dem Subsidiaritätsprinzip vorsichtig der Moderne angenähert. Der Gedanke der Subsidiarität ist alt. Als Prinzip wurde sie zuerst von Abraham Lincoln formuliert. 1931 erhielt sie päpstliche Autorität und hat seither als «katholisches Prinzip» Karriere gemacht. Subsidiarität fordert den Respekt gegenüber den untergeordneten Ebenen. Diese sollen in ihrem Handeln von oben nicht behindert werden, wenn sie die ihnen gestellten Aufgaben aus eigener Kraft bewältigen können. Damit ist implizit der Gedanke der Eigenverantwortung und damit der Mündigkeit der mensch-

CVP-Nagelprobe steht noch bevor

se. Die CVP gehe als «klassische Zentrumspartei» gestärkt aus dem vergangenen Wahlwochenende hervor, freut sich das Generalsekretariat der CVP Schweiz in einem Communiqué vom Montag: Die «neue Marke CVP» komme bei den Wählern gut an. Tatsächlich sieht die Bilanz der CVP bei kantonalen und kommunalen Wahlen seit dem programmatischen «Aufbruch» vom Herbst 2004 recht gut aus. Neben dem Gewinn von Exekutivmandaten im Kanton und in der Stadt Zürich vermachte sie teilweise auch bei Parlamentswahlen zuzulegen, namentlich im Aargau. Diesen Erfolgen ist indes gemein, dass sie im urbanen Mittelland erfolgt sind. Ob das neue Leitbild den Abwärtstrend auch in den ländlichen, eher konservativen Stammländern umzukehren vermag, muss sich noch weisen. Dort wird sich die CVP jedenfalls kaum – wie etwa in Zürich – im Schulterschluss mit der SP gegen die SVP behaupten können.

lichen Person enthalten. Dies entspricht einem Menschenbild, in welchem freie und vernünftige Subjekte nach besten Kräften ihre Zukunft selbst gestalten. Ratifiziert wurde dieses Bild des autonomen handelnden Menschen auch am Zweiten Vatikanischen Konzil.

Allerdings: Subsidiarität darf nie zum Egoismus verkommen. Grundlegend ist immer auch die Sicht fürs Ganze. Darum bedarf sie des ergänzenden Gestaltungsprinzips der Solidarität. Womit wir wieder beim Bindestrich zwischen liberal und sozial angelangt sind. Eigeninitiative soll immer wieder ermöglicht werden, Staatstätigkeit soll eingegrenzt werden – aber nur bis zu dem Punkt, an dem Menschen nicht ständig auf der Verliererseite stehen. Denn auch dies ist eines der Basics biblischer und christlicher Tradition: Massstab des Gelingens christlicher Politik ist die Sorge für die Armen. Dass diesen ebenfalls dann

am besten geholfen ist, wenn sie möglichst bald ihr Geschick in die eigenen Hände nehmen können und nicht als Unmündige von oben versorgt werden, entspricht dem grundsätzlichen Respekt gegenüber jedem einzelnen Menschen.

C-Partei oder «LSP»?

Zurück zur CVP: Sie hat sich mit dem neuen Parteiprogramm tatsächlich eine Basis geschaffen, ihr C nochmals neu zu überdenken. Liberal-soziale Politik kann als christlich motivierte Politik eine Alternative zum gängigen Links-Rechts-Schema darstellen, ohne einen schwammigen Begriff der Mitte bemühen zu müssen. Voraussetzung ist indes eine ehrliche und intensive Reflexion der eigenen Wurzeln und Grundlagen. Diese steht noch aus. Mit liberal-sozial wurde die christliche Tradition – reformiert wie katholisch – auf einen prägnanten Begriff gebracht. Wird er vertieft, kann er zum Profil einer Partei werden, die in ihren politischen Entscheiden klare Konturen hat und so auch berechenbar wird. Die Versuchung ist allerdings gross, sich nach den ersten Erfolgen einmal etwas liberal und dann hin und wieder auch sozial durch den politischen Alltag zu schlängeln. Längerfristig würden damit jene Vorurteile neue Nahrung erhalten, die früher der Partei geschadet haben.

Bleibt noch die Gretchenfrage: Soll «christlich» noch den Parteinamen zieren? Analog zum anonymen Christum des Theologen Karl Rahner könnte die Partei auch als liberal-soziale «LSP» eine anonyme christliche Partei werden, die ihre Wurzeln diskret verschweigt. Diese Alternative wird ebenfalls diskutiert, stösst aber parteiintern noch auf wenig Resonanz. Hier geht es letztlich um die Frage der Identität, deren Beantwortung nur durch einen länger dauernden Reflexionsprozess unter Einbezug der Basis gefunden werden kann. Sicher ist: Bei den kommenden Wahlen wird man immer noch mit der CVP als liberal-sozialer Partei rechnen müssen.

Angst vor einem Kahlschlag im Blätterwald

Kleinverleger und NGO für Beibehaltung der Presseförderung

(sda)/ras. Einen Kahlschlag im Schweizer Blätterwald befürchten kleine Zeitungsverlage und Vertreter der Mitgliederpresse. An einer Medienorientierung in Bern sagten sie, dass die meisten kleinen und mittleren Verlage aufgeben müssten, wenn die heute geltende indirekte Presseförderung aufgehoben würde. Dann könne die Bevölkerung über lokale Ereignisse nicht mehr umfassend informiert werden.

Dreimal höhere Versandkosten

Kathrin Spross, Verlegerin des «Anzeigers der Stadt Kloten», rechnet mit dreimal höheren Versandkosten, wenn sie ihr Blatt zum üblichen Tarif von der Post verteilen lassen müsste. Der Gesamtaufwand für ihren Betrieb würde sich dadurch um fünf Prozent erhöhen. Guido Blumer, Verleger des Winterthurer «Stadtblatts», zeigte sich entsetzt über den Präsidenten des Verbands Schweizer Presse, Hanspeter Lebrument, der Anfang Jahr sagte, er wolle auf die Presseförderung verzichten. Seine Äusserung war allerdings nicht mit dem Verband abgesprochen.

Betroffen wären auch die Mitgliederzeitschriften von Non-Profit-Organisationen wie Fachver-

bänden, Kirchen, Parteien und Nichtregierungsorganisationen. National und sprachregional werden 900 Titel von solchen Organisationen verbreitet, insgesamt sind es wesentlich mehr. Mitgliederzeitschriften leisteten einen Beitrag zur Vielfalt der Schweizer Medienlandschaft, sagte Gerhard Grossglauer, Geschäftsleiter der Stiftung für das cerebral gelähmte Kind. Als Ergänzung zu den kommerziellen Medien förderten sie die Meinungsbildung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Noch weiter geht Pierre Zwahlen, Mediensprecher des Kinderhilfswerks Terre des hommes: Ohne die Presseförderung würde die Reichhaltigkeit von Verbänden und Institutionen in der Schweiz beeinträchtigt und damit verschwände ein Teil der lebendigen Demokratie, sagte er warnend. Bei Terre des hommes würden Mehrkosten von über 100 000 Franken anfallen – dieses Geld würde dann bei der Hilfe für Kinder fehlen.

Die Koalition von Verlagen und Mitgliederpresse fordert darum vom Parlament, die indirekte Presseförderung beizubehalten. Darüber ist unter der Bundeshauskuppel derzeit ein Tauziehen im Gang. Vorläufig beteiligen sich Bund, Verlage und Post an der Verbilligung der Zeitungstransporttaxen. Vom Bund kommen heute noch 80 Millionen Franken pro Jahr. Mit dem Entlastungsprogramm 2003 hat das Parlament dieses sogenannte Drittelsmodell aber bis 2007 befristet.

Hindernis Schuldenbremse

Zwar scheiterte letztes Jahr ein Vorstoss für die direkte Subventionierung von Presseerzeugnissen am Widerstand des Ständerats. Beide Kammern überwiesen daraufhin jedoch eine Motion, die eine gezieltere Beteiligung des Bundes an den Verteilungskosten verlangt. Der Bundesrat lehnt die Erfüllung des Vorstosses allerdings ab. Das Parlament habe den Verzicht auf die indirekte Presseförderung selbst beschlossen, argumentierte die Regierung. Wenn auf die Einsparungen verzichtet würde, müssten die Mehrkosten wegen der Schuldenbremse anderswo kompensiert werden. Hängig ist zudem eine parlamentarische Initiative des Berner SVP-Nationalrats Rudolf Joder. Sie verlangt die Festschreibung eines einheitlichen Zeitungstransporttarifs auf heutigem Niveau. Über diesen Vorschlag will die Staatspolitische Kommission des Nationalrats nächste Woche beraten.



Auslegeordnung: Verleger und die Publikationen, deren Zukunft sie ohne Förderung in Frage gestellt sehen.

* Der Autor ist Theologe und Dozent für Ethik an der Universität Luzern sowie Präsident der CVP des Kantons Zürich.

Wieder zu viel Feinstaub

Wetterabhängigkeit der Konzentration

Bern, 13. Febr. (sda) Nach vier Tagen mit einermassen sauberer Luft ist die Feinstaubkonzentration am Montag wieder angestiegen. An vier Messstationen wurde der Grenzwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter überschritten. Die Station in Bern registrierte um 17 Uhr einen Tagesmittelwert von 88 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft, jene in Lausanne 79. Auch in Zürich und Härkingen (Kanton Solothurn) wurde der Grenzwert überschritten. Eine Kaltluftfront hatte Ende vergangener Woche die alarmierend hohe Feinstaubkonzentration der letzten Wochen aufgelöst. Am Montag herrschten über Teilen der Schweiz aber schon wieder eine Inversionslage und Windstille, was das Ansteigen der Schadstoffwerte begünstigte. Konzentrationen wie neulich sollten aber ausbleiben: Von Westen her ist eine weitere Front im Anzug.